



Änderungsantrag

Der Fraktion der PIRATEN

Demokratische Grundstrukturen bei Verwertungsgesellschaften

zu Drucksache 18/ 87

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die geplante Tarifierhöhung der GEMA ab, solange nicht dafür gesorgt wird, dass auch Werke jenseits des Massengeschmacks angemessen vergütet werden. Sonderlösungen sind abzulehnen. Es muss eine einheitliche Regelung geschaffen werden.

Außerdem kritisiert der Landtag den Mangel an demokratischen Grundstrukturen bei der GEMA und fordert die GEMA auf, für transparente und gerechte Vergütungsmodelle zu sorgen.

Der Landtag sieht das Monopol der GEMA sehr kritisch. Daher begrüßt der Landtag Projekte wie die Verwertungsgesellschaft C3S. Der Landtag fordert die Landesregierung auf dafür einzutreten, dass der Wettbewerb auf dem Markt der Verwertungsgesellschaften gestärkt wird.

Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, eine Gesetzesinitiative im Bundesrat zur Umsetzung der folgenden Eckpunkte zu ergreifen:

- Abschaffung der sogenannten GEMA-Vermutung
- Zulassung von Verwertungsgesellschaften nur, wenn sie demokratische Grundstrukturen haben; Stimmberechtigung für jede einzelne Mitglied
- Verpflichtung der marktbeherrschenden Verwertungsgesellschaft, Werke trotz Verwendung freier Lizenzen durch den Urheber zu verwerten

- Begrenzung der Kündigungsfristen bei Verwertungsgesellschaften auf maximal ein halbes Jahr; automatische Weiterverwertung zukünftiger Werke nicht ohne freie Einwilligung des Urhebers
- Verpflichtung der Verwertungsgesellschaften, jedermann auf elektronischem Wege (Internet) mittels offener Schnittstellen (OpenDocument) kostenlos Auskunft darüber zu geben, ob sie Nutzungsrechte an einem bestimmten Werk oder bestimmte Einwilligungsrechte oder Vergütungsansprüche für einen Urheber oder Inhaber eines verwandten Schutzrechts wahrnehmen
- Sicherung des Rechts der Urheber, einzelne Werke durch Verwertungsgesellschaften verwerten zu lassen und verschiedene Verwertungsgesellschaften mit der Wahrnehmung ihrer Rechte betrauen

Torge Schmidt
und Fraktion